

o.714.1-GV/gr

Bern, 9. April 1986

A K T E N N O T I Z

zur schweizerischen UNO-Politik nach dem 16. März

1. Ausgangspunkt: Es ist von der Erklärung des Bundesrats vom 16. März auszugehen, die bekanntlich als offizielle schweizerische Haltung allen Aussenministerien übergeben wurde. Darin wird namentlich erklärt: "Der Bundesrat wird an dieser Politik (d.h. der bisherigen Politik) festhalten und seine Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen weiterführen. Dies ist integrierender Bestandteil unserer Aussenpolitik und entspricht dem, was die Völkergemeinschaft von unserem Land erwarten kann."

2. Es stellt sich die Frage, wie "die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen" im UNO-System auszulegen ist und zwar
 - in den Spezialorganisationen, wo wir Mitglied sind,
 - in den Spezialorganisationen, wo wir noch nicht Mitglied sind (Bretton Woods),
 - in den UNO-Sonderorganen, wo wir Mitglied sein können (PNUD, UNICEF, HCR, UNCTAD, TNC-Kommission, Betäubungsmittelkommission, UNEP),
 - in den Sonderorganen, wo wir nicht Mitglied sein können (z.B. Menschenrechtskommission),
 - in der Kern-UNO (GV, ECOSOC),
 - bei der Unterstützung gewisser Programme (z.B. UNITAR) oder Aktionen der UNO (z.B. UNFICYP),
 - bezüglich der Ratifikation von UNO-Konventionen (u.a. Menschenrechtspakte, Uebereinkommen gegen die Rassendiskriminierung, Uebereinkommen gegen die Diskriminierung der Frau),
 - bezüglich der Teilnahme an UNO-Konferenzen,
 - bezüglich unserer Empfangsstaatspolitik.



3. Grundsätze für unsere zukünftige UNO-Politik (bedarf der Vertiefung):

Faustregel:

- a) UNO-Organisationen, wo wir bereits Mitglied sind:
"business as usual".
- b) Kern-UNO: anlässlich einer Sektionssitzung wurden drei Thesen vertreten:
 - (1) Bei der Ausübung unserer Beobachterstellung ist eine gewisse Zurückhaltung angezeigt. Die Respektierung des Volkssentscheids verlangt dies, aber auch eine konsequente Haltung gegenüber den UNO-Mitgliedern. Noch nicht Mitglied zu sein oder die Mitgliedschaft so klar abgelehnt zu haben, ist effektiv etwas Verschiedenes. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir uns als Beobachter nicht am UNO-Budget beteiligen. Deshalb sollten wir in Zukunft bezüglich Erklärungen in der GV sehr zurückhaltend sein und auch davon absehen, unsere Auffassungen durch andere Staaten vertreten zu lassen (Beispiel Sondersession über Abrüstung).
 - (2) Nur kein "16. März-Komplex"! Unsere Pflicht ist es, die Interessen der Schweiz bestmöglichst zu vertreten. Wir werden nun für längere Zeit Beobachter bleiben müssen, also schöpfen wir die Möglichkeiten dieses Status voll aus (z.B. auch Erklärungen im Plenum der GV).
 - (3) Sofern es um die Wahrnehmung spezifisch schweizerischer Interessen geht (Beispiel: Handel mit gefährlichen Substanzen oder Stellung Genfs) können wir nicht wie ein Quasi-Mitglied auftreten. Wo es aber primär um humanitäre Anliegen geht, sollten wir, die Möglichkeiten des Beobachterstatus voll ausschöpfend, unseren intellektuellen und finanziellen Beitrag leisten (z.B. Entwicklung des humanitären Rechts, Hilfe an Afrika).

4. Hängige Fragen in den kommenden Monaten:

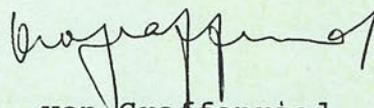
- Frühlings-ECOSOC (3. Maiwoche): Wahlen für das PNUD und die TNC-Kommission. Schweizerische Kandidatur; clean slate. Keine Demarchen in Hauptstädten vorgesehen.
- Präsidentschaft PNUD-VR für 1987. Schweizerisches Interesse. DEH wird im Einvernehmen mit DIO in den nächsten Tagen Mission beauftragen, in New York die notwendigen Sondierungen zu unternehmen.
- CNUSTD-Pledging-Konferenz vom 22. April
DEH wie Mission sind der Auffassung, dass Schweiz unter gewissen Bedingungen Beitrag ankündigen sollte (vgl. Telefax unserer Mission vom 2. April). DIO wird konsultiert werden. Meiner Auffassung nach sollten wir Beitrag ankündigen.
- Beitrag der Schweiz an die Kosten des Vorbereitungskomitees der Seerechtskonferenz, wo wir "aktiver Beobachter" waren. Eine Rechnung wurde uns dafür gestellt.

Allgemein stellt sich die Frage, ob wir als Beobachter nicht doch einen finanziellen Beitrag zu leisten hätten (wir erhalten z.B. die UNO-Dokumentation unentgeltlich).
- Beitrag an den deutschen Uebersetzungsdienst der UNO (Frage muss im Zusammenhang mit dem Budget 1987 beantwortet werden). Auch hier profitieren wir von dieser Dienstleistung, ohne uns an den Kosten zu beteiligen.
- UNO-Tagungen
 - 24.4. bis 2.5.86: Wiederaufnahme 2. Kommission der GV betr. Weltwirtschaftsfragen.
Vorschlag: keine aktive Mitwirkung (westliche Staaten waren nicht für diese Session).
 - 28.4. bis 1.5.86: Wiederaufnahme 5. Kommission der GV betr. Finanzkrise UNO.
Vorschlag: keine aktive Mitwirkung (Legitimation fehlt als Nicht-UNO-mitglied).

- Mai 1986: Frühlings-ECOSOC
 - Juli 1986: Sommer-ECOSOC
- Unser Status im ECOSOC ist bekanntlich günstiger als in der GV, da er demjenigen eines UNO-Mitglieds, das nicht ECOSOC-Mitglied ist, entspricht.
- Sollten wir in Zukunft im ECOSOC aktiver sein als in der GV oder grundsätzlich die gleiche Haltung einnehmen?
- 27. bis 31.5.86: Sondersession der GV für Afrika
- Die DEH beabsichtigt Herrn Wilhelm an diese Tagung zu entsenden. Die DEH stellt uns die Frage, ob die Schweiz in einer Kommission das Wort ergreifen könnte und ob wir ein schweizerisches Papier verteilen könnten (z.B. in New York an alle Missionen senden). Die DEH wird sich vorerst in New York erkundigen, wie diese Sondersession organisiert ist (gibt es z.B. ein Plenum und eine Kommission oder nur ein Plenum und eine drafting-group?).
- Vorschlag: Abwarten bis genauere Angaben. Dann eher aktive Mitwirkung (Solidaritätsgedanken; dank unserer Hilfe sind wir legitimiert; "Kompensation" zu unserer Haltung bezüglich Sanktionsfrage gegenüber Südafrika [allg. und bezüglich Konferenz]).
- 25. bis 27.5.86: UNFPA/Weltbank/Afrika; Konferenz über Bevölkerung in Genf (im Rahmen der PNUD-VR). Anfrage der Organisatoren, ob hoher schweizerischer Vertreter (Fritz Staehelin) die Konferenz eröffnen könnte. Frage wird in DEH zur Zeit abgeklärt. Botschafter Staehelin würde nicht als Vertreter des Gastlandes sprechen, was bekanntlich bei UNO-Tagungen in Genf nicht üblich ist, sondern unter einem andern Titel.
 - 16. bis 20.6.86: Sanktionenkonferenz gegen Südafrika in Paris. Open to all States. Vorschlag: Abwarten bis nähere Angaben über Teilnahme. Von Teilnahme wenn möglich absehen.
 - 15.7. bis 2.8.86: Internationale Konferenz über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Entwicklung. Vorschlag: Teilnahme, Haltung eher "low key".
 - September 1986: Voraussichtlich UNO-Sondersession über Namibia; Vorschlag: als Beobachter teilnehmen, keine aktive Mitwirkung.

- Sept. - Dez. 86: 41. Generalversammlung
- Juni 1987: Internationale Konferenz gegen Drogenmissbrauch auf Ministerebene, Wien.
Vorschlag: Aktive Teilnahme, Schweiz vertreten durch Departementschef EDI oder Direktor Gesundheitsamt.
- Ratifikation von UNO-Konventionen:
Botschaft über die beiden Menschenrechts-Pakte ist bereit um ins kleine Mitberichtsverfahren gesandt zu werden. Meiner Meinung nach sollte EDA dem BR Vorschlag für Ratifikation der beiden Pakte vorlegen. Es ist dann Sache des BR, die politische Entscheidung zu treffen.

Arbeiten im Hinblick auf Ratifikation der Uebereinkommen gegen die Diskriminierung der Frau und gegen die Rassendiskriminierung sollten festgesetzt werden.
- Beitritt zu den Bretton-Woods Institutionen:
Interdepartementale Arbeitsgruppe wird am 15. April erstmals nach Abstimmung Frage wieder behandeln.
- Flugpreisreduktionen für UNO-Beamte:
Mit Note vom 5. Februar 1986 hat Generaldirektor E. Suy der Mission in Genf die Unterstützung des EDA erbeten, damit Swissair den UNO-Beamten für ihre Dienstreisen Flugpreiserlässigungen gewähren würde. Suy möchte für diese Frage nach Bern kommen. Vorschlag: EDA setzt sich im Rahmen des Möglichen ein, um Wunsch der UNO entgegenzukommen.
- Politik gegenüber Genf. Vgl. beiliegende Notiz von P. Helg vom 24. März.



A. von Graffenried

Kopie: - SIN
- BUJ
- MH
- EY
- UNO-Sektion